

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

87 (12.4.1922) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 14

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen.

Nr. 14

Bezug: Geht ein jeden Mittwoch und kann auch ohne die Karlsruher Zeitung einzeln für 30 Pf. für jede Ausgabe, vierteljährlich für 3 M. zuzüglich Porto, vom Verlage, Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14, oder von allen Postämtern bezogen werden.

12. April 1923

## Ralche Arbeit der Parlamente.

Es muß zugestanden werden, daß bei der diesmaligen Erhöhung der Gehälter der deutschen und der badischen Beamten die in Frage kommenden Parlamente sehr rasch gearbeitet haben, ein Umstand, der um deswillen hervorgehoben werden darf, weil in früheren Zeiten Beamtengehälterfragen oft tagelang, ja sogar wochenlang in den gesetzgebenden Körperschaften erörtert worden sind.

Am 30. März d. J. verabschiedete der deutsche Reichstag die dritte Änderung der Besoldungsordnung, welche die jetzige Erhöhung der Gehälter vorsieht. Am Abend des 3. April hatten bereits die Mitglieder des Haushaltsausschusses des badischen Landtages die Vorlage der badischen Regierung in Händen, welche die Konsequenzen aus den Reichstagsbeschlüssen zog. Sofort am nächsten Tage ging der Haushaltsausschuß an die Beratung dieser Vorlage heran und machte sie für die Plenarsitzung verhandlungsfähig. Damit in dieser keine Verzögerung entstehen sollte, beschloß er gleichzeitig, eine Debatte über die Vorlage nicht herbeizuführen. Zugleich kündigte im Haushaltsausschuß der badische Finanzminister die Auszahlung von Vorschüssen an. Er legte auch eine Liste über die Höhe der auszahlenden Vorschüsse, nach Gruppen abgestuft, vor. Auch hierzu gab der Haushaltsausschuß die Zustimmung.

In der Plenarsitzung des Landtages, die am Freitag, 7. April, stattfand und vormittags 10 Uhr begann, stand die Beamtengehältererhöhung als 1. Punkt auf der Tagesordnung der immerhin bis 13 Uhr nachmittags dauernden Sitzung, um die endgültige Verabschiedung der Vorlage unter keinen Umständen zu gefährden. Entsprechend der getroffenen Ermächtigung sprach nach dem Bericht des Abg. Dr. Baumgartner, welcher eine Übersicht über die im Haushaltsausschuß geführte Debatte gab, keine der im Landtag vertretenen Parteien. Nur der kommunistische Abg. Wod erklärte, daß die Spannung zwischen den Gehältern der unteren und höheren Beamten noch zu groß sei. Er werde gegen die Vorlage stimmen. Das tat er, ebenso die anderen kommunistischen und unabhängigen Abgeordneten, und damit war die Vorlage in der 1. und 2. Lesung angenommen, die neuen Beamtengehälter bewilligt. Die Auszahlung der vorgesehene Vorschüsse hat unseres Wissens noch an diesem Tage begonnen. Sowohl im Reichstage, wie im badischen Landtage haben also die von manchen Beamten oftmals mit scharfen Worten bedachten Parteien und die Regierungen das denkbar Möglichste getan, um die Beamten in den Besitz der notwendigen Gehaltserhöhungen zu setzen.

## Allgemeines.

### Die Eisenbahnangestellten, das Reichsverkehrsministerium und die Generaldirektion.

Es scheint nicht überflüssig, darauf aufmerksam zu machen, daß trotz Vereinfachung der badischen Bahnen alle Gesuche und Anträge einzelner Eisenbahnangestellten an die Generaldirektion Karlsruhe zu richten sind. Das Reichsverkehrsministerium befaßt sich in der Hauptsache nur mit allgemeinen, den gesamten Bereich der Reichseisenbahn betreffenden Verwaltungsangelegenheiten. Werden nun Gesuche und Beschwerden nach Berlin gesandt, so gibt sie das Reichsverkehrsministerium an die zuständigen Eisenbahn-Generaldirektionen weiter, da nur diese die betreffenden Fälle kennen. Es entsteht also lediglich Zeitverlust. Die Sächsische Staatszeitung, das Regierungsorgan, hat dieser Tage für die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden diese Feststellung gemacht; und was für Sachsen gilt, ist natürlich auch für Baden zutreffend. Selbst in Fällen, in denen jemand über eine Entscheidung der Generaldirektion Beschwerde führen will, empfiehlt es sich, die Beschwerde bei der Eisenbahn-Generaldirektion einzureichen, die verpflichtet ist, sie an den Reichsverkehrsminister weiterzugeben, sie dann aber sofort mit den Aktenvorgängen dorthin abgibt, während andernfalls das Reichsverkehrsministerium, das über die Angelegenheit nicht unterrichtet sein kann, die Eingabe erst an die Generaldirektion zum Bericht abgeben muß.

### Die Streikrechtsdebatte im Deutschen Beamtenbund.

Der Delegiertentag des Deutschen Beamtenbundes, über deren wesentlichen Verlauf schon allgemein in der Presse berichtet wurde, hat den bisherigen Bundesvorsitzenden Lehrer Flügels mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der Vorstandswahl ging eine an die ihrem Hauptinhalt nach ebenfalls schon bekannte programmatische Erklärung Flügels anknüpfende, sehr bewegte Debatte voraus, in deren Mittelpunkt die Streitfrage stand und aus der wir hier folgendes nach der „Frankf. Zig.“ wiedergeben:

Bei den weiteren Verhandlungen des Bundestages des Deutschen Beamtenbundes sprach zunächst der Vertreter des badischen Beamtenbundes, Dr. Waldmann: Die Vertreter unserer Vereinigung unterstützen die Ausführungen des Bundesvorsitzenden. Der Deutsche Beamtenbund muß in seiner Gesamtheit erhalten bleiben. Mit dieser Erklärung vertrete ich nicht lediglich den süddeutschen Standpunkt, sondern auch den der großen Mehrheit der hier anwesenden Delegierten. Wir lehnen den Beamtenstreik um Lohnforderungen ab, ebenso ein Zusammengehen mit den politisch orientierten Gewerkschaften.

Ehemann vom Reichsbund der Kommunalbeamten Deutschlands wandte sich gegen die freigewerkschaftliche Beamtenzentrale. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund müsse den

Deutschen Beamtenbund zerschlagen, wenn er ein Stück von ihm gewinnen wolle.

Warstein von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten erklärte, der Streik der Eisenbahner sei nicht überflüssig gewesen, sondern durch die Entwicklung der Verhältnisse gekommen. Ein großer Teil unserer Beamten hat eben bisher in der Auffassung gelebt, daß sie das Streikrecht hätten. Dazu haben nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die politischen Parteien beigetragen. Wenn man die Beamten jetzt für diesen Irrtum bestrafen dürfe, so wäre das ein unverständliches Unrecht.

Der zweite Vorsitzende der Reichsgewerkschaft Scharfswert führte u. a. aus: Wir haben das Programm, wie es der Vorsitzende hier vorgetragen hat, nicht verstanden und können es auch nicht unterschreiben. Wir haben uns von keiner Seite scheiden lassen, aber glauben Sie viel leicht, daß ein oder zwei radikale Führer 250 000 Eisenbahner zum Streik aufputschen könnten? Die Empörung ist aus der breiten Masse emporgewachsen. Wir haben mit keiner Partei paktiert und uns keiner Parteipolitik unterstellt.

Auf die heftigen Angriffe Scharfswerts und des Vertreters der Postgewerkschaft Schneider, der sein Befremden darüber aussprach, daß die Bundesleitung sich zu dem Eisenbahnerstreik nicht näher geäußert habe, nahm dann Bundesdirektor Kemmer das Wort: Die Haltung der Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nach Ausbruch des Eisenbahnerstreiks war dahin festgelegt, daß wir als Spitzenorganisation der Regierung gegenüber verhandlungsfähig bleiben mußten. Die Gewerkschaften haben den Streik abgelehnt und zwar nach der Unterredung mit dem Reichsminister, in der dieser den Gewerkschaften die außenpolitische Lage schilderte und betonte, daß ein Nachgeben der Regierung im Ausland unmöglich mache. Durch eines unserer Mitglieder haben wir die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten um eine Aussprache. Sie ließ uns aber erklären, daß sie unsere Vermittlungstätigkeit nicht in Anspruch nehmen könne. Erst nach langer Beratung entschloß sich die Regierung, mit uns weiter zu verhandeln. Wir konnten während des Streikes die anderen Organisationen des Deutschen Beamtenbundes nicht zum Solidaritätsstreik auffordern, denn große Organisationen erklärten uns, daß sie bei einer Streikpolitik des Beamtenbundes sofort austreten müßten. Gegen den Streik hatte sich eine Einheitsfront der Regierung, des Parlaments, der Presse und der Gewerkschaften gebildet. Unsere Bundesstellen waren leer. Wir brauchen jetzt, um die Beamtenmaßregelungen zu verhindern, eine geschlossene Aktion der Beamtenschaft.

Falkenberg von der Bundesleitung warnte davor, die Eisenbahner in Wausch und Bogen zu beurteilen. Redner warnte dann weiter vor einer Spaltung im Beamtenbund.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde gegen eine starke Minderheit beschlossen, daß außer den programmatischen Äußerungen des Vorsitzenden auch die Rede Scharfswerts gedruckt werden solle.

In der weiteren Aussprache verlangte Weller vom Reichsverband der Kommunalbeamten, daß der Bundestag eine Klärung der Ansichten innerhalb der Beamtenenschaft bringe. Der Redner erhob schwere Vorwürfe gegen die Regierung und die politischen Parteien im Parlamente, die jede Beamtenforderung von vornherein unter dem Gesichtswinkel des Kostenpunktes erachteten. Auf die Angriffe Scharfswerts, daß die Beamtenenschaft die Eisenbahner im Stich gelassen habe, erklärte der Redner: „Solidarität in allen Ehren, aber sie hört auf, wo der Terror anfängt. (Ungeheurer Lärm bei der Opposition, Zurufe: Ihr habt aus Feigheit geknickt.) Wenn wir uns nicht verteidigen können dann wollen wir uns lieber trennen. Ein neues Kompromiß hatte ich für undurchführbar.“

Rogel von der Reichspostgewerkschaft bezeichnete Flügels programmatische Erklärungen als eine Ausweidrede.

Wente als Vertreter der Reichsjustizbeamten trat lebhaft für das Streikrecht der Beamten ein, während der Bundesvorsitzende Flügels erklärte, er habe von seiner ersten Rede kein Ja zurückgenommen. Der Lokustreik sei mit der Stellung der Beamten im Volk und zum Volk unvereinbar. Nur im Kampf um seine Existenz dürfe der Beamte von diesem letzten gewerkschaftlichen Mittel Gebrauch machen.

Nach kurzen Ausführungen Händlers vom Bund der Technischen Angestellten und Beamten, der sich für das Streikrecht der Beamten einsetzte, ergriff, von dem süddeutschen Beifall seiner Anhänger begrüßt, der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, Renne, das Wort.

Der Streik der Reichsgewerkschaft, so führte er aus, war ein Existenzkampf, allerdings nicht für alle Beamten, denn es gibt Beamtengruppen, die nie einen Existenzkampf führen werden. Man muß eine Klärung darüber schaffen, ob der Deutsche Beamtenbund in seiner Gesamtheit reif dafür ist, gegenüber den streikenden Beamten unter allen Umständen Solidarität zu beweisen. Wenn der Kampf kommt — und ich glaube, er kommt wieder — haben Sie dann die Garantie, daß Sie Ihre Truppen geschlossen in den Kampf führen? Darum muß es jetzt einen Trennungstreik geben zwischen denen, die sich als Gewerkschaftler fühlen, und denen, die das nicht wollen. Eine Brücke zwischen diesen beiden Richtungen gibt es nicht.

Das wichtigste Problem ist augenblicklich die Frage der Gemahregelungen, und hier frage ich erneut Klipp und Klar: Wie stellen Sie sich den Gemahregelungen gegenüber ein? Wollen Sie sich damit beschäftigen, wie wir ihnen wieder eine Existenzmöglichkeit verschaffen? Schon hat man in den einzelnen Gruppen Beschlüsse gefaßt, aus dem Deutschen Beamtenbund auszutreten, weil man mit den „Radikalen“, die ihre Beamtenwürde verlebt hätten, nichts zu tun haben will. Wir können diese Gruppen nicht halten, aber bevor sie gehen, sollen sie wenigstens in der Frage der Gemahregelungen noch einmal mit uns Solidarität beweisen können. Und so fordere ich sie als Mensch, nicht als Führer einer Organisation auf, unsere Anregung, eine Pflanzanlage im Deutschen Beamtenbund für die Gemahregelungen zu beschließen, zu unterstützen. Der bisherige Bundesvorsitzende ist für uns untragbar geworden. Sie haben die Wahl zwischen den kämpfenden Brüdern der Reichsgewerkschaft oder der Bundesleitung. Lassen Sie aber die Bundesleitung bestehen, so ist der Deutsche Beamtenbund für uns erledigt.

Stegemeier vom Verband der Gemeindebeamten rechnete scharf mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten

ab, die um eigener Vorteile willen bisher fast immer der gesamten Beamtenenschaft gegenüber die Solidarität gebrochen habe.

Hierauf erwiderte der erste Vorsitzende Flügels. Er ging noch einmal auf die Vorgeschichte des Eisenbahnerstreiks ein. Er habe die Vertreter der Reichsgewerkschaft fast flehentlich gebeten, im Interesse der Beamtenchaft, im Interesse vor allem des ganzen deutschen Volkes die Brücke zu betreten, die der Beamtenbund der Reichsgewerkschaft gebaut habe.

Wente habe von den Beamtengewerkschaften Solidarität verlangt, aber vor der Solidarität müsse in jeder Organisation die Disziplin stehen. (Stürmischer Beifall.) Der Beschluß des Zweiten Beamtentages, der diese Disziplin fordere, sei auch der Reichsgewerkschaft bekannt gewesen, und trotzdem habe sie die ändern verlassen. Sie sei in den Streik getreten, ohne ihre Mitglieder durch Urabstimmung zu befragen. (Zuruf eines Vertreters der Reichsgewerkschaft: „Das hätte 75 000 Mark gekostet!“) Flügels mit erhobener Stimme: Also weil eine Urabstimmung 75 000 Mark gekostet hätte, hat man es gewagt, den ersten deutschen Beamtenstreik ohne Urabstimmung in Szene zu setzen. (Stürmisches Hörl. Hörl bei der Mehrheit.)

Hierauf wurde beschlossen, daß die Vertreter der einzelnen Beamtensategorien und der Provinzialstellen sich grundsätzlich über die Haltung ihrer Verbände zur Streitfrage erklären sollten, um eine Entscheidung herbeizuführen.

Nach einer Beratungspause erklärte für die Organisationen der Verwaltungsbeamten mit Ausnahme der Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten, des Bundes Technischer Beamten und des Justizbeamtenbundes, also für insgesamt mehr als 160 000 Mitglieder des Beamtenbundes, Rost, daß die Verwaltungsbeamten auf dem Boden der von dem Bundesvorsitzenden entwickelten programmatischen Erklärungen ständen.

Für den Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands verlas Rittner eine Erklärung, worin die vom Bundesvorsitzenden Flügels aufgestellten Grundsätze als brauchbare Unterlage für ein Bundesprogramm anerkannt werden. Die Polizei als Vollzugsorgan der verfassungsmäßigen Regierung nehme im Volkstaat eine besondere Stellung ein. Auf Grund dieser Sonderstellung könne für die Polizeibeamten das Mittel der Dienstverweigerung und der unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung der Dienstverweigerung anderer Beamtengruppen nicht in Anspruch genommen werden.

Als Vertreter der Lehrerschaft (165 000 Mitglieder) erklärte Rektor Böhl, daß die Lehrer sich in allen Punkten auf den Boden der programmatischen Erklärungen der Bundesleitung stellten und sie für eine geeignete Grundlage eines Bundesprogramms hielten.

Für die Gewerkschaft deutscher Verwaltungsbeamten, den Bund technischer Beamten und den Bund der Justizbeamten (60 000 Mitglieder) bemerkte Wente, die drei Organisationen erklärten sich für den von der Reichsgewerkschaft eingenommenen Standpunkt.

Für den Landesverband Sachsen (15 000 Mitglieder) erklärte derselbe Redner: Die programmatischen Erklärungen Flügels würden an sich gebilligt, da er aber gleichzeitig das Aktionsprogramm Wentes ablehne, sei es dem Verbands unmöglich, sich für oder gegen Flügels zu erklären (schallende Heiterkeit); denn sein Gewerkschaftsprogramm schließe das Aktionsprogramm Wentes nicht aus.

Für den Reichsbund der Kommunalbeamten Deutschlands sowie für den Verband der Beamten und Angestellten der preussischen Provinzialverbände (177 000 Mitglieder) betonte Ehrmann, daß sein Verband bereits am ersten Verhandlungstage die Erklärungen Flügels gebilligt und als geeignete Grundlage für ein Programm bezeichnet habe, und daß er an dieser Auffassung festhalte.

Der Vertreter der Reichspostgewerkschaft, Lenz, erklärte, daß die Formulierung des Bundesvorstandes über den Existenzstreik zwar im allgemeinen Zustimmung verdienen, aber zugleich eine Unklarheit bedeuten. Wenn damit auch der wirtschaftliche Existenzstreik gemeint sei, so sei der Beamtenstreik ohne weiteres bejaht. Die Postgewerkschaft sei ihren Mitgliedern gegenüber verpflichtet, wenn es sein müsse, auch als letztes Mittel den Streik anzunehmen. Sie verlange die Herstellung einer gemeinsamen Front zwischen den Arbeitern und Beamten.

Für die süddeutschen Länder, Thüringen und Mecklenburg erklärte Reichardt (München): Wir lehnen die Beamtenpolitik der Herren Wente und Scharfswert ab, weil wir darin eine Gefahr nicht nur für das Berufsbeamtentum, sondern auch für das ganze deutsche Volk erblicken. Wir stehen auf dem Boden des Programms des Bundesvorsitzenden.

Für den Verband der Polizeibeamten Preußens und die Landjägerbeamten erklärte Schrader, daß seine Organisation die Politik des Beamtenbundes und seines Vorsitzenden jederzeit zu unterstützen bereit sei. Für die Polizei komme ein Streik, eine Dienstverweigerung in irgend einer Form, eine Solidaritäts- oder Sympathieerklärung für fremde Beamtengruppen nicht in Frage.

Im Anschluß an die Debatte erfolgte dann die Wiederwahl Flügels.

## Sprechsaal.

(Zahl, begründete u. zweckentf. Vorschläge aus Beamtentreffen können in ganz kurzer Fassung hier veröffentlicht werden.)

### Zur Einstufung der unteren Beamten

gehen uns aus Rensingen die folgenden Ausführungen mit der Bitte um Abdruck zu:

„Vorher der Staatsboranschlag 1922/23 vom Landtag verabschiedet wird, ist den Volksvertretern aller Parteien Gelegenheit geboten, ihre sozialen Empfinden für die Beamten der unteren Gruppen in die Tat umzusetzen. Schon oft wurde im Landtag dargelegt, daß nur das Sperrgesetz verhindere, bestehende Härten des Besoldungsgesetzes aus dem Wege zu räumen. Dieses Sperrgesetz verbietet aber doch keinesfalls, die unteren Beamten Badens genau so einzustufen, wie die entsprechenden Beamten des Reiches und Preußens.“

Nur zwei Beispiele mögen als Beweiser dienen: In Preußen sind die früheren Gerichtsschreibergehilfen als Justizfreiwillige und Justizobersekretäre in die Gruppen VI und VII eingereiht, während die nämlichen Beamten in Baden eine Gruppe tiefer rangieren. Diese unterschiedliche Behandlung ist weder durch die Vorbildung noch Ausbildung begründet, da

Die Behörden und ihre Beamten werden gebeten, auch die umstehenden

Anzeigen zu beachten.

die Bestimmungen hierüber von Preußen übernommen wurden. Die Befolgungsordnung nimmt für sich in Anspruch, nach der Leistungstheorie aufgebaut zu sein. In Baden gewinnt es aber den Anschein, als ob die Leistungen der unteren Beamten tiefer bewertet würden, als dies im Reich und Preußen der Fall ist. Das sei an folgendem Beispiel hervorgehoben. Die vorerwähnten Beamten — meist aus der Klasse der Militär-anwärter — müssen sich in Baden und Preußen einem Vorbereitungsdienst von einem Jahr (ohne jeglichen Anspruch auf Bezahlung) unterziehen und können erst nach bestandener Prüfung in den Probendienst übernommen werden. Solche M.-A. aber, die zur Post oder Bahn übertreten, werden ohne jeglichen Vorbereitungsdienst sofort in den Probendienst übernommen. Dieser beträgt in jedem Falle 1 Jahr und wird bezahlt. Diese Reichsbeamten erhalten ihre Eingangsstelle in Gruppe VI, die badischen oben erwähnten Beamten mit ihrem ein-jährigen Vorbereitungsdienst dagegen in V. Man ist doch unwillkürlich zur Annahme geneigt, daß ein Amt mit Vorbereitungs-dienst mindestens ebenso gut bewertet und bezahlt werden müßte, wie ein solcher ohne Vorbereitungsdienst. Ein solcher badischer Beamter der Gruppe V braucht neben seinem Jahr Vorbereitungsdienst noch sechs Jahre planmäßiger An-stellung, um gefällig ebenso gestellt zu werden, wie ein Be-amter der Gruppe VI. Wenn die Beamten Badens erwarten, daß ihre Leistungen ebenso gewertet werden, wie die ihrer

Kollegen im Reich und in Preußen, so ist dies sicher keine un-billige Forderung.

### Ortsklasseneinteilung.

Aus Wallstadt erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Seit langem schon bemühen sich die Wallstädter Beamten und Kriegsbeschädigten aus der als ungerecht empfundenen Ortsklasse C herauszukommen und gleich den doch noch weiter von Mannheim entfernten Gemeinden Seddenheim und Fried- richsfeld sowie Bierheim nach B aufgestuft zu werden. Dazu kommt bei uns noch das völlige Fehlen der in diesen Gemein- den gewährten Abfertigungszuschüsse, so daß obige unge- rechte Zurücksetzung doppelt hart empfunden wird. Ganz Mannheim dürfte doch bekannt sein, daß unser Ort, eingeteilt zwischen den Stadtteilen Feudenheim und Käfertal (A-Klasse), in jeder wirtschaftlichen Beziehung so gut wie die bereits ein- gemeindeten Vororte von den Stadtpreisen abhängig ist, sogar durch die hohen Fahrpreise heute höher als Mannheim. Wir möchten deshalb unsern einheimischen Abgeordneten dringend ans Herz legen, dafür in Karlsruhe zu sorgen, daß diese Härte beseitigt wird, um so mehr, da billigerweise die Ar- beitslosen seit jeher ihre Gebühren nach Ortsklasse A empfin- gen und alle Gewerkschaften Wallstadt bezüglich Bezahlung

der Beiträge und Unterstufungen längst Mannheim gleich- gestellt haben. Die vereinte Beamtenchaft Wallstads erhebt Einspruch gegenüber der auf die Dauer unerträglich werdenden Zurücksetzung und verlangt sowohl nach Orts- klasse wie Abfertigungszuschüsse Gleichstellung mit Sedden- heim.“

Kölmel, Ratsschreiber.“

### Vereinsmitteilungen.

#### Badischer Richterverein.

Die diesjährige Hauptversammlung (Badischer Richtertag) findet am 30. April d. J., vormittags 10 Uhr, im Schöff- gerichtssaal zu Karlsruhe statt.

Aus Wallstadt wird uns vom 5. April geschrieben: Auf Veranlassung des Gemeinderats und durch Vermittlung der badischen Gesellschaft für soziale Hygiene hielt im Rathaus hier die Ärztin Frau Dr. Gräber einen längeren Vortrag über geschlechtliche Hygiene für Frauen. Der lehrreiche Vor- trag war von den weiblichen Gemeindegliedern sehr gut besucht und begegnete großem Interesse. In Anbetracht der heutigen Zeit wären weitere Vorträge sehr zu begrüßen.

## Was der Beamte benötigt

**ADAM SAUL**  
Anfertigung feiner Herrengarderobe  
nach Maß  
Karlsfriedrichstr. 1 **KARLSRUHE** Eingang Zirkel  
Teleph. 1432 — Langjähr. Zuschneider der Fa. Schröder & Fränkel, hier.

**BAUBUND - MÖBEL**  
siehe Inserat in der Karlsruher Zeitung.

**Geschenkhau**  
**Leopold Wohlschlegel**  
Kaiserstraße 173  
**Luxuswaren • Lederwaren • Haushalt- Artikel • Reisetaschen • Reisekoffer**  
Vereinschönpreise.

**Frühjahrs-Modelle 1922**  
sind eingetroffen  
**Gutsitzende Schnittmuster**  
nach jedem Bilde bekommen Sie bei  
**Hendrina Urmetzler**  
Karlsruhe Erbprinzenstr. 28

**Hüte • Mützen**  
**Sportartikel • Kravatten**  
**Theod. Zenker**  
Kaiserstraße 61 (gegenüber der Hochschule).

**Die Frau und ihr Haus**  
Zeitschrift für Kleidung, Gesundheit, Körperpflege und Wohnungsfragen  
Beilagen: Die Heimat auf dem Lande. - Einfacher Hausrat. Herausge- geben von der Werbestelle f. Deutsche Frauenkultur Karlsruhe-Köln  
Monatlich ein Heft. Preis vierteljährlich 7.50 M.  
Einzelheft. Probehefte durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag.  
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karlsfriedrichstraße 14.

**Friedrich Mehr**  
Maßanfertigung eleganter Herrengarderobe  
Baumellertstraße 18 **KARLSRUHE** (Restaurant Ziegler)  
Garantie für tadellosen Sitz u. erstklassige Verarbeitung.  
(Beamte Vorzugsprefle.)

**Adolf Stein Nachfolger**  
Kaiserstraße 233 **Karlsruhe** Kaiserstraße 233  
**Spezialhaus für feine Herren- bekleidung fertig u. nach Maß.**

**Leibchen, Büstenhalter**  
erstklassig in Material und Verarbeitung, vorzüglich sitzende lang- jährig erprobte, elegant sitzender Kor- formen, preiswert. **RECA** setz-Ersatz, per Spezialform für Umstandszwecke. Aber bewahren Sie sich vor schlechtlizenzierenden Nach- ahmungen. Aenderungen auch and. Korsetts sorgfältig u. preiswert  
**Reformhaus NEUBERT**  
Kaiserstr. 118 **KARLSRUHE** Kaiserstr. 118.

**Meyer's Heilinstitut**  
Augendiagnose — Chiroskopie.  
(Feststellung der Krankheit aus der Iris des Auges)  
Zähringerstraße 59 II. **Karlsruhe** Zähringerstraße 59 II.  
Behandlung innerer und äußerer Krankheiten.  
**Homöopathie — Naturheilverfahren.**  
Sprechzeit: 10—1 und 3—4 Uhr.

**Singer Nähmaschinen**  
Erleichterte Zahlungsbedingungen  
Ersatzteile — Nadeln — Oel — Garn  
— Reparaturen —  
**SINGER CO. KARLSRUHE**  
Nähmaschinen Act.-Ges. Kaiserstr. 124 Tel. 1379

**Weißwaren**  
für  
Bett-, Leib- und Tischwäsche  
in bekannten Qualitäten  
Spezial-Etagengeschäft  
für Stoffe  
**Heinrich Hilberg**  
Augustastraße 7, Straßenbahnhaltestelle Mathysstraße  
— Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends. —

**In einigen Tagen**  
eröffnen wir unser neues Lokal  
**Markgrafenstr. 24, Ecke Kronenstr. 40**  
(früher Hotel Geist)

**Möbelkaufhaus**  
**Gust. Friedrichs**  
Karl-Friedrichstraße 24 (Rondellplatz).

**Heinrich Hilberg**  
Augustastraße 7, Straßenbahnhaltestelle Mathysstraße  
— Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends. —

## Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

**Gustav Herdle Nachf.** Inh.: Bittlingmayer & Bretschneider  
Telephon 1133 **Karlsruhe** Waldstraße 44  
**Stempelfabrik • Buchdruckerei und Papierhandlung • Impresen-Verlag.**  
„ Sämtliche Bürobedarfsartikel. “  
Rasche Bedienung. Sauberste Ausführung.

**Feuerwehrgerätefabrik Carl Metz**  
**Karlsruhe i. B. (74)**  
Gegründet 1842 in Heidelberg  
Automobil- und Benzinmotorfeuerspritzen, Handdruck- feuerspritzen, Automobil - Drehleitern, mechanische Leitern, Hydranten-Geräte. — Persönliche Ausrüstungen.

**OPEZET**  
Oberbadische Papier-Zentrale E. Böhm & Co.  
Telephon 2365 **FREIBURG I. B.** Klarastraße 58  
Sämtliche Bürobedarfsartikel, Kanzlei- u. Konzipienpapiere, Brief-, Kanzlei- und Aktenhüllen, Stempel mit elastischer Gummi- Zwischenlage, daher geringe Abnutzung u. stets saubere Schrift.

**GLOCKENGIESSEREI**  
**GEBRÜDER BACHERT**  
**KARLSRUHE I. B.**  
Liststr. 5. Tel. 443.

Gegen **Feldmäuse**  
**Ratten und Hausmäuse**  
verwendet man das beste und billigste Mittel  
**Ia. Mäuse-Phosphor-Latwerg Marke „A. S.“**  
in 10 Kg.-Patenteimer zu Mk. 10.— per Kg., in Dosen zu Mk. 6.—, 9.— und 15.—  
**Ia. Saccharin-Strychnin-Weizen Marke „A. S.“**  
garantiert 3% Strychnin nitr. puriss D.A.B. 5 lose Mk. 40.— per Kg., in 1 Kg.-Packungen Mk. 42.—, in 1/2 Kg.-Packungen Mk. 22.— pr. Packung.

**Die für Baden gültigen Vorschriften über Baukostenbeihilfen und Wohnungsabgabe**  
Textausgabe mit Einleitung und Anmerkungen  
von **Dr. Eugen Imhoff**  
Ministerialrat im badischen Arbeitsministerium.  
Preis broschiert M. 48.—, gebunden M. 56.—

**Ernst Gantert, Freiburg i. B.**  
Telephon 2191 **Karlsruhe** Kaiserstraße 22  
**BÜRO - UTENSILIEN**  
Aktendeckel, Kohlenpapier, Farbbänder, Tinte, Schreibfedern, Bleistifte, alle Papiersorten, sowie Zubehör für Vervielfältigungs- Apparate auch für Opalograph etc.

**Chem. Fabrik Anton Springer**  
Ettlingerstraße 51 **Karlsruhe** b. Hauptbahnhof.  
Telephon 2340.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und vom Verlag  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag**  
Karlsruhe in Baden, Karlsfriedrichstraße 14.

## Wohnungsmarkt

Wohnungstausch Offen- burg • Karlsruhe. Fern- st. Büttelstr. 20/II. 6 Zim., Bad, Ekt., Abz., Wb., Bad, Ekt., Kell., Gas, Elek.-Licht, 1500 Mk.	Donauwörthener-Emmen- dinger. Engert, Biersch- 16 II. 4 Zimmer, Bad, Keller, Trocken-, Garten, Elektr. Licht, 800 Mk.	Donauwörthener • Karls- ruhe. Ruf, Hofstr. 12. 5 Zimmerwohnung mit Zubehör.	<b>Uffzungen in den Lauschaugen:</b> B. = Bad, G. = Elektr. Licht, Gg. = Erdgesch., H. = Fahrstuhl, Kl. = Garten, O. = Gas, Oc. = Keller, Rd. = Küche, Wb. = Waschküchen, WZ. = Pianoforte, Zgk. = Speisekammer, Spl. = Spielzimmer, Trk. = Trockenboden, Zg. = Zentralheizung, Z. = Zimmer.	Wohnungstausch Karls- ruhe • Pforzheim. Zank- schenke, 6 Zim., Bad, 2. Etage, 5 Zim., mit Zu- behör, 6 Zim., 1. Etage, 4 Zim., mit 2.55 Zentr.-Heizg.	Wohnungstausch Karls- ruhe • Pforzheim. Zank- schenke, 6 Zim., Bad, 2. Etage, 5 Zim., mit Zu- behör, 6 Zim., 1. Etage, 4 Zim., mit 2.55 Zentr.-Heizg.	Donauwörthener • Karls- ruhe. 6 Zim., Bad, Ekt., Wb., 2. Etage, 5 Zim., mit 2.55 Zentr.-Heizg., abgeteilt, wech- selnd, Donauwörthener.
Wohnungstausch Karls- ruhe • Baden. 4 Zim., Bad, Keller, Ekt., Wb., 2. Etage, 5 Zim., mit 2.55 Zentr.-Heizg.	Wohnungstausch Frei- burg-Karlsruhe. Dr. Hen- rich, Emmendingerstr. 27 III. 4 Zim., Bad, Ekt., Keller, Trockenboden, Gas, 842 Mk.	Wohnungstausch Karls- ruhe • Heidelberg. Schür- 11 III. Et., 4 Zim., 1 Manf., Bad, Elektr. Licht, Gas, 1820 Mk.	Wohnungstausch Karls- ruhe • Heidelberg. Schür- 11 III. Et., 4 Zim., 1 Manf., Bad, Elektr. Licht, Gas, 1820 Mk.	Wohnungstausch Karls- ruhe • Heidelberg. Schür- 11 III. Et., 4 Zim., 1 Manf., Bad, Elektr. Licht, Gas, 1820 Mk.	Wohnungstausch Karls- ruhe • Heidelberg. Schür- 11 III. Et., 4 Zim., 1 Manf., Bad, Elektr. Licht, Gas, 1820 Mk.	Die Aufnahme einer Wohnungsanzeige kostet 3 Mark. Der Betrag ist mit der Bestellung an die Geschäftsstelle der „Karlsruher Zeitung“, Karlsruhe i. B., Karlsfriedrichstraße 14 einzubringen. Wir bitten um rege Beteiligung.